Keinen Kampf gegen den Zollwucher!

Keine Amnestie, keinen Ausbau Elsters zum Volksbad und keine menschenwürdigen Löhne für Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Landtagsbericht vom 25. Juni

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Winkler Stellung gegen einen Artikel Menkes in der SPD.-Presse, in dem behauptet wird, Winkler habe bei der Behandlung eines Briefes des Ministerpräsidenten erklärt, die Fraktionen hätten dazu Stellung genommen und seien damit einverstanden. Das sei nicht richtig. Er habe nur erklärt, das Haus sei damit einverstanden und das sei nicht dasselbe. Darauf erhält zur Geschäftsordnung Gen. Renner das Wort. Er beantragt, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung sofort schärfsten Einspruch gegen die geplanten Agrarzölle einzulegen und die Zurückziehung der Zollvorlage zu fordern.“

Winkler verlangt Ablehnung. Die Einheitsfront Beutler–Bethke lehnt prompt ab.

Darauf erhält Menke das Wort zu einer persönlichen Richtigstellung. Er erklärt, daß die Widerlegung des Präsidenten durchaus den Sinn seines Artikels bestätige, da es absolut gleich sei, ob Winkler erklärt habe, die Fraktionen seien damit einverstanden gewesen oder das Haus sei einverstanden gewesen. Winkler widerspricht. Menke bemüht sich aber, seine Unterwerfung unter den Schiedsspruch des Parteivorstandes zu dementieren, indem er betont, er habe nicht daran gedacht, irgendwie den Präsidenten angreifen zu wollen. Als Liebmann noch einen Zuruf macht, wendet sich Winkler höhnisch um und sagt: „Dem Abgeordneten Liebmann muß man alles verzeihen.“ Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Nach Erstattung des Berichtes über Kap. 14 (Landtag) wird dasselbe angenommen. Auch der Antrag des Genossen Dr. Schmincke, den Angestellten des Landtages, die während der Ausschußsitzung geleisteten Ueberstunden zu bezahlen, gegen einige Deutschnationale angenommen.

Das Kapitel 32 (Kunstzwecke) wird ebenfalls angenommen.

„Bei Kapitel 1 (Elsterbad) wurde vom Berichterstatter erwähnt, daß die KPD.-Fraktion beantragt hatte, Elster in ein Volksbad umzugestalten, dieser Antrag ist im Ausschuß abgelehnt worden. Weiter hatte die kommunistische Fraktion einen Antrag eingereicht, die Beamten und Angestellten höher zu besolden. Dieser Antrag sei nur ein Agitationsantrag (die Beamten sehen die Sache wohl anders an!), und fordert ebenfalls dessen Ablehnung.

Der Deutschnationale Ziller wendet sich gegen die sozialen Einrichtungen und Kinderheime, die die Ruhe der Badegäste stören und dem Geschäft der Hotelbesitzer Abbruch tun. (!) Als Beauftragter der Hotelindustrie läuft er natürlich Sturm gegen die Uebernahme des „Sachsenhofes“ in Staatsregie. In geradezu kindischer Weise beschwert er sich darüber, daß eine Frau Leiterin des Hotels „Sachsenhof“ ist, eine Frau sei gar nicht in der Lage, diese Aufgabe zu bewältigen. Außerdem sei sie noch Tschechin. (Lebhafte Unruhe links, Zurufe von Liebmann, Büttner, Menke u. a.) Er wünscht bessere Stellung zu den Hotelbesitzern.

Ein Regierungsvertreter tritt den Behauptungen des Abg. Ziller entgegen. Man kann dabei feststellen, daß Ziller direkt als Beauftragter des ehemaligen Besitzers des Hotels „Sachsenhof“ aufgetreten ist.

Genosse Lieberaich: Wenn man die Anträge der kommunistischen Fraktion als Agitationsanträge zurückweist und dann erklärt, man wolle ein Volksbad aus Elster machen, so ist das bezeichnend. Und der deutschnationale Angriff soll ja nur bewirken, Elster in die Hände des Privatkapitals zu bringen. Wenn man die Klagen über schlechten Besuch in Bad Elster hört, muß man doch versuchen, sich klar zu werden über die Ursachen. Der patriotische Kapitalist reist nämlich lieber nach der Tschechoslowakei und Italien, weil es billiger ist, als die deutsche Bäderindustrie zu fördern. Und das Wirken der faschistischen Horden, die Fremde in der gemeinsten Weise belästigen, führte ebenfalls zu einem Abströmen von Fremden. (Auf freche Zwischenrufe der Deutschnationalen gegen Schmincke): Mein Freund Schmincke hat sich zu einer Zeit, wo Arbeiter und Angestellte Hungerlöhne bekamen, bemüht, die Vorteile und Errungenschaften Elsters den Werktätigen dienstbar zu machen. Sie (zu den Deutschnationalen) haben ja nur die Absicht, Elster zugrunde zu richten, um auf dem Wege des Bankerotts sich des Staatsbades zu bemächtigen. Wir fordern als Vertreter der Unbemittelten den Ausbau zu einem Volksbad. Ihr (zur Mehrheit) „soziales Verständnis“ ist nichts als Heuchelei. (Bravo!)

Abg. Schnirch (Soz.) erklärt für die Sozialdemokraten, daß sie, auch auf die Gefahr hin als Arbeiterfeinde bezeichnet zu werden, die kommunistischen Anträge ablehnen. Es sei nicht möglich, Elster zu einem Volksbad zu machen, und die Gehälter der Angestellten und Beamten könnten nicht erhöht werden.

Genosse Schmincke: Wenn man Elster vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, so ergibt sich kein günstiges Bild, das hängt mit dem Wirtschaftsleben Deutschlands zusammen, der notorische Mittelstand kann nicht mehr wie vor dem Kriege ins Bad fahren. Heute fährt aber der zahlungsfähige Deutsche am liebsten ins Ausland. Das ist kein Zeichen von Nationalbewußtsein. Aber das Verhalten der Faschisten, die die Wände des Hotels mit Kot beschmieren, zeugt auch von keinem Nationalbewußtsein. Und hier möchte ich ein paar Worte zu der Frage der politischen Demonstrationen sagen. Man macht mir den Vorwurf, die Ruhe der Kranken ebenfalls gestört zu haben. Aber damals, zur Zeit des Rathenaumordes, marschierten überall die Arbeiter auf, so auch die von Adorf und Elster, und als man mich aufforderte, dort zu sprechen, habe ich es als Kommunist selbstverständlich getan. Und als ich auf einer Arbeiterveranstaltung für das Volksbad Elster sprach, als ich erklärte, daß die Arbeiter und Angestellten die Vorteile Bad Elsters genießen müßten, hat mir eine große Anzahl bürgerlicher Herren ihre Anerkennung und Zustimmung ausgesprochen. (Das Haus hört ausnahmsweise völlig ruhig und sogar gespannt zu.) Und wenn Herr Ziller die Heime und ihre Insassen in Elster gesehen hätte, wenn er vor allem das Kinderheim des Professors Kohler gesehen hätte, wo erschütterndes Elend zutage tritt, dann würde er es nicht wagen, in so niedriger Weise gegen die soziale Fürsorge zu hetzen. Wenn man aber den kümmerlichen Versuch hier sieht und ihn in Vergleich bringt zu den russischen Bädern, die in erster Linie den Arbeitenden zugute kommen, die auch die Aufbauer hundertmal eher benötigen als diejenigen, die durch Nichtstun krank geworden sind, so muß man sagen, daß unsere Anträge nur allzu berechtigt sind. Die Deutschnationalen haben sich heute offen als Volksfeinde gezeigt, und die Sozialdemokraten lehnen unsere Forderung „Volksbad Elster“ ebenfalls ab, damit sind sie gezeichnet. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Nach einer kläglichen Verteidigung Zillers und dem Schlußwort des Berichterstatters erklärt Genosse Lieberaich: „Wenn der Landtag unseren Antrag, Elster zu einem Volksbad zu machen, ablehnt, lehnen wir das gesamte Kapitel ab, da wir Geld nur zu einem Volksbad bewilligen wollen.“

Die kommunistischen Anträge werden mit den Stimmen der gesamten Sozialdemokratie und der Deutschnationalen abgelehnt.

Das Kapitel wird dann gegen die Kommunisten angenommen.

Darauf begründet Dr. Dehne einen Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über eine weitere Abänderung des Verwaltungskostengesetzes. Da die Mitglieder des hohen Hauses nicht sehr aufmerksam sind, wird aus Versehen Schlußberatung dieses Antrages beschlossen. Blüher bedauert, daß man den Antrag nicht an den Rechtsausschuß verwiesen hat und wendet sich dann gegen den Antrag. Zellisch und Schembor wenden sich ebenfalls gegen die Schlußberatung und gegen den Antrag. Währenddessen organisiert Herr Blüher den Gegenstoß und läßt die Verweisung an den Rechtsausschuß zurückverweisen. Der Antrag wird an den Ausschuß überwiesen.

Bei der Festsetzung der nächsten Tagesordnung beantragt Genosse Lieberaich, die Anträge über eine Reichsamnestie und den Antrag betr. Amnestie ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn die Abgeordneten nicht heucheln, müßten sie zustimmen, bevor man in die Ferien geht.

Edel erklärt ebenfalls, daß es nötig sei, die Stellung der Regierung, die sich als einzige in Deutschland ganz entschieden gegen eine Amnestie gewandt hat, kennenzulernen.

Der Antrag wird von der Einheitsfront Beutler-Bethke abgelehnt.

Die Tagesordnung wird darauf angenommen.

Zum nächsten Punkt, Gewährung eines Darlehns an das Gewerbe-Textilmeßhaus A.-G., erklärt Genosse Lieberaich, daß es unerhört sei, daß die Industrie die Reklamekosten sich von den Steuerzahlern bezahlen läßt. Diese Geschenke auf Kosten der Arbeiter erfordern schärfste Ablehnung.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird dieses Darlehn bewilligt. Auch die linken Sozialdemokraten stimmen für das Geschenk an die Industrie.

Darauf gibt Gen. Büttner Bericht über das Kapitel Sammlungen für Kunst und Wissenschaft. Das Kapitel wird genehmigt.

Blüher berichtet über das Kapitel Technische Hochschule Dresden. Der Deutschnationale Siegert fragt die Regierung, ob sie einen ausführlichen Bericht über die Lehrerbildung der Hochschulen geben will. Außerdem soll die Besetzung der Lehrstühle streng „neutral“ durchgeführt werden. Der Regierungsvertreter beeilt sich, den Wünschen der Deutschnationalen beizupflichten. Das Kapitel wird gegen die Kommunisten angenommen.

Es folgt die Beratung über einen Antrag auf Gewährung von Wirtschaftsbeihilfe an alle Beamten der Besoldungsordnung 1–4. Begründet wird derselbe durch Schnirch. Er selbst beantragt Ueberweisung an den Ausschuß.

bedeuten diese 100 Mark für die Beamten? Doch nur ein diese scharfen Töne gegen die Reichsregierung? Täuschungsmanöver. Man lehnte doch eben die Anträge der kommunistischen Fraktion wegen der höheren Besoldung der Beamten unter Berufung auf die Reichsregierung ab. Man muß Front gegen die reaktionäre Reichsregierung, die jetzt im Reichstag die niederträchtigen Zollmaßnahmen durchpeitscht, machen, aber obgleich die Sozialdemokraten angeblich gegen den Zollwucher sind, wagen sie es nicht, gegen die Reichsregierung zu kämpfen. Die Frage der Heraufsetzung der Beamten-, Arbeiter- und Angestellten-Gehälter ist eine Frage des Landtages, und wir werden im Ausschuß diesen Antrag grundsätzlich behandeln. Genosse Renner stellt einen erweiternden Zusatzantrag und fordert ebenfalls Ueberweisung an den Ausschuß.

Der Deutschnationale Körner spricht in verschleierter Form gegen einen Zuschuß für die Beamten. Schlußberatung wird abgelehnt. Der Regierungsvertreter spricht gegen den Antrag. Rebrig (l. Soz.) tritt für schnelle Erledigung ein. Er stellt ebenfalls einen erweiternden Antrag.

Der Antrag wird an den Ausschuß überwiesen. Ebenso die Zusatzanträge.

Darauf begründet Dr. Dehne (Dem.) einen Antrag auf Aenderung des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbaurecht. Der Antrag wird an den Rechtsausschuß überwiesen. Ueber das Kapitel Forsten wird durch Schembor berichtet. Das Kapitel wird angenommen.

Zu dem Kapitel Kalk- und Hartsteinwerke führt Genosse Lieberaich aus: Dem Personal der Porzellanmanufaktur hat man von allen Parteien in diesem Hause schon Anerkennungen ausgesprochen. Wenn es aber gilt, den Arbeitern und Beamten dieser Werke etwas zu geben, dann sind alle bürgerlichen Parteien äußerst zugeknöpft. Die Sanierungsversuche an diesen Werke sind ganz im Sinne des Dawesgutachtens gemacht. Man hat sich auf Kosten der Arbeiter. Dabei hat man gerade seitens der Direktion sehr gut verstanden, die Inflation und Deflation auszunützen. Große Gebäude hat man damals gebaut und auch heute hat man Mittel aus den laufenden Einnahmen, um wieder umzubauen. Die höheren Beamten bekommen ein ungeheures Einkommen, während man sich gegen jede Erhöhung der miserablen Löhne der Arbeiter wehrt.

Ministerialdirektor Dr. Just erklärt, daß man unbedingt eine Verminderung des Personals vornehmen müsse. Abgeordneter Hofmann (deutschnational): Der Landtag hat auf die Geschäfte der Staatswerke keinen wesentlichen Einfluß mehr.

Der Antrag der Kommunisten wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Kapitel selbst werden angenommen.

Ueber das Kapitel Staatliche Straßenbahnen und Kraftwagenverkehr berichtet Abg. Schurig. Nach kurzer Aussprache, in der Genosse Lieberaich unsere Stellung vorträgt, werden die einzelnen Kapitel angenommen und abgelehnt.

Debattelos werden die Punkte 18—20 angenommen.

Abg. Blüher berichtet über Kapitel 56 betr. Bergakademie Freiberg. Dasselbe wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Desgleichen die letzten Punkte.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Regierungskrise im Reich?

Es mehren sich die Anzeichen, daß es in der Reichsregierung zu knistern beginnt. Die „Welt am Montag“ weiß zu berichten, daß die Partei der Westarps und Hergt in der Regierung sich unbehaglich zu fühlen beginnen. Ihre Verheißungen vor der Reichstagswahl und vor der Wahl des Reichspräsidenten sind unerfüllt geblieben. Das Aufwertungskompromiß, das sie eingegangen ist, hat die Sparer in hellen Aufruhr gebracht. Mit ihren Plänen zur Abänderung der Verfassung und der Reichsfarben und mit ihrem Bemühen, den Tag der Kaiserkrönung zum Nationalfeiertag zu machen, ist sie gescheitert. Endlich nimmt die auswärtige Politik einen Gang, der keineswegs den vor Tische gebrauchten starken Worten entspricht. Im Lande gärt es, deutschnationale Wahlkreisorganisationen nehmen höchst unbequeme Entschließungen an, die Mitglieder der Fraktion im Reichstag erhalten Schmäh- und Drohbriefe.

Aus all diesen Gründen möchten die Deutschnationalen aus der Regierung heraus und die Kapitulation vor der Entente anderen überlassen. Sie wollen aber erst die Zollvorlage unter Dach und Fach bringen und bemühen sich deshalb, die Brotwucherzölle so rasch wie möglich zu verabschieden. Sobald sie dieses Geschenk in der Tasche haben, wollen die Deutschnationalen aus der Regierung austreten.

Indiskret wird dies auch von der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ bestätigt, die jetzt erklärt, „daß die Deutschnationalen nur in einem losen Verhältnis zur Regierung stehen und ebenso wie das Zentrum noch immer eine abwartende Haltung einnehmen“. Also eine deutliche Ankündigung, daß die Deutschnationalen sich nicht an die Regierung Luther gebunden fühlen.

Wir begnügen uns heute mit der Registrierung dieser Tatsachen und werden darauf zurückkommen, sobald die Entwicklung weiter gediehen ist.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Peuvag“, Filiale Dresden. — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Autorisierte Übersetzung aus dem vom Autor neubearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermynia zur Mühlen. Copyright by „Der Malik-Verlag“ 1924. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks und der Uebersetzung, vorbehalten.

(21. Fortsetzung.)

Die Arbeiter, die an den riesigen Fleischbottichen schufteten, fielen in dem mit Dampf gefüllten, halbdunklen Raum bisweilen in die Bottiche, wurden sie herausgefischt, so war nicht mehr viel von ihnen übrig, — manchmal blieben sie auch tagelang darin liegen, bis ihr ganzer Körper, die Knochen ausgenommen, als „Durhams reinster Blätterspeck“ in die Welt hinausgezogen war!

Zehntes Kapitel

Während der ersten Hälfte des Winters verdiente die Familie genug, um leben und die Schulden abzahlen zu können; als jedoch Jurgis' Wochenverdienst auf sechs und fünf Dollars herabsank, blieb kein Cent übrig. Der Winter verging, der Frühling kam, sie lebten noch immer von der Hand in den Mund, zwischen ihnen und dem Verhungern stand nicht einmal der Lohn eines Monats. Marija war der Verzweiflung nahe, die Büchsenfabrik blieb noch immer geschlossen, ihre Ersparnisse waren aufgezehrt, bald wird sie der Familie zur Last fallen müssen, und die Heirat ist in unabsehbare Ferne gerückt. Es gab im Leben der Familie keinen einzigen Augenblick, da sie nicht die Sorgen folterten, da der Gedanke an Geld sie nicht quälte. Tag und Nacht rangen sie mit der tödlichen Angst. Dies war kein Leben, war kaum ein Existieren; wahrlich, für dieses Dasein zahlen sie einen hohen Preis. Sind sie doch bereit, die ganze Zeit zu arbeiten, und wenn Menschen ihr möglichstes tun, haben sie dann nicht das Recht, leben zu können? Dazu kamen noch unablässig unvorhergesehene Ausgaben: die Wasserleitung fror ein, die Röhren platzten, und als sie im Januar den Agenten bezahlten, fragte er, ob sie bereits versichert seien, zeigte ihnen, da sie dies verneinten, eine Klausel im Vertrag, das Haus müsse auf tausend Dollars versichert werden. Bebend fragte die arme Tante Elzbieta, wieviel das kosten würde. Sieben Dollars!

Als der Frühling kam, wurden sie wenigstens von der furchtbaren Kälte erlöst, und dies bedeutete viel; freilich hatten sie damit gerechnet, die Heizung zu ersparen, doch nützte dies jetzt nichts, denn Marija hatte keinen Cent mehr, mußte von ihnen erhalten werden. Außerdem hatte auch der Frühling seine Nachteile; sie entdeckten gar bald, daß alle Jahreszeiten den Armen Unheil bringen. Der kalte Regen verwandelte die Straße in einen Sumpf, es war unmöglich, mit trockenen Füßen zur Arbeit zu kommen, besonders die Frauen litten darunter. Und als dann der Sommer mit drückender Schwüle kam, wurde das Schlachthaus zum Fegefeuer; an einem Tag erlagen dort drei Männer dem Hitzschlag. Ununterbrochen strömte der Blutfluß, der Gestank war so furchtbar, daß ihn der stärkste Mann kaum zu ertragen vermochte, dazu kam noch, daß die Wände und Pfosten niemals gereinigt wurden, der Schmutz einer ganzen Generation klebte an ihnen. Die Männer, die in den Schlachthäusern beschäftigt waren, stanken selbst so sehr, daß man sie auf fünfzig Fuß roch; es war ja unmöglich, sich sauber zu halten, man konnte sich nicht einmal die Hände waschen, aß beim Mittagsmahl ebensoviel gesäuertes Blut wie Speisen. Bei der Arbeit fanden die Männer nicht einmal Zeit, sich das Gesicht abzuwischen; es klingt wie eine geringfügige Kleinigkeit, doch war es die Hölle, wenn der Schweiß das Gesicht herabtropfte und kitzelte, wenn sich Fliegen auf die verklebten Züge setzten. Bei heißem Wetter überfielen Fliegenschwärme ganz Packingtown, die Häuser waren schwarz vor Fliegen.

In anderen Menschen erweckt der Sommer vielleicht ein Bild vom Land, von grünen Hügeln und Feldern, von kühlen schimmernden Seen. Für die Proletarier hatte er keineswegs diese Bedeutung; die gewaltige Maschine arbeitete weiter, scherte sich nicht um grüne Wiesen; die Frauen, Männer und Kinder, die ein Bestandteil der Maschine waren, sahen nichts Grünes, keine Blume. Wenige Meilen entfernt lag der blaue leuchtende Michigan-See, doch war er für sie so weit wie der Stille Ozean, denn sie hatten ja bloß am Sonntag Zeit, und dann waren sie viel zu müde, um einen Ausflug zu unternehmen. Sie waren an die Fabriken und Schlachthäuser gefesselt, fürs Leben gefesselt. Die Angestellten in Packingtown verachteten die Arbeiter, betrachteten sich als Herren, kleideten sich anders, wohnten in anderen Vierteln, hielten sich von den Proletariern fern; diese bildeten eine Klasse für sich, und man ließ sie empfinden, daß man sie gering schätzte.

Im Frühsommer wurden die Büchsenfabriken wieder geöffnet, und nun hörte man Marija abermals singen, und Tamoszius' Musik wurde weniger schwermütig. Doch währte diese Entspannung nicht lange, denn zwei Monate später verlor Marija ihre Arbeit. Sie behauptete, dies verdanke sie ihrer Tätigkeit in der Gewerkschaft. Die Unternehmer hatten selbstverständlich in allen Gewerkschaften ihre Spitzel, auch etliche der Gewerkschaftsbeamten waren von ihnen gekauft, und so kam es, daß sie meist alles früher wußten als die Mitglieder der Gewerkschaften. Jedes „gefährliche“ Element war selbstverständlich bei den Aufsehern verhaßt, und von Marija war bekannt, daß sie sich an alle Ausländer heranmache, sie propagandiere. Wie dem auch sei, jedenfalls wurde Marija um den Lohn von dreihundert Büchsen betrogen. Die Mädchen arbeiteten alle an langen Tischen, hinter denen eine Frau auf und ab schritt, die Zahl der fertiggestellten Büchsen in ein Notizbuch eintrug. Natürlich war auch diese Frau nur ein Mensch und eines Irrtums fähig, dagegen ließ sich nichts tun, man erhielt eben dann am Sonnabend weniger Lohn und mußte sich damit zufrieden geben. Aber Marija wußte dies nicht und begann furchtbar zu toben. Nun konnte sie bereits auf Englisch schimpfen, und dies war ihr Unglück, denn dadurch machte sie sich die Frau zur Feindin. Als sich der Irrtum, willentlich oder unwillentlich, ein drittes Mal ereignete, beklagte sich Marija bei der Vorarbeiterin und, da dies nichts nützte, beim Leiter. Das war eine noch nie dagewesene Kühnheit, doch sagte der Leiter bloß, er werde die Sache untersuchen. Als nach drei Tagen noch nichts geschehen war, suchte ihn Marija abermals auf. Der Mann runzelte die Stirn, erklärte schroff, er habe noch keine Zeit gehabt, sich um die Angelegenheit zu kümmern, und da Marija, allen Warnungen zum Trotz, ihn weiter belästigte, wurde er äußerst zornig und schickte sie an ihre Arbeit zurück.

(Fortsetzung folgt.)